

**Deutsche Stiftung
für internationale rechtliche
Zusammenarbeit e.V.**

Bonn, den 19. Juni 1996
Udierstraße 92, 53173 Bonn
Postfach 20 04 09, 53134 Bonn
Telefon: 0228 / 9555-103
Telefax: 0228 / 9555-100
AZ: Sp869R/96
(bei Antwort bitte angeben)

Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V.
Postfach 20 04 09, 53134 Bonn

An das
Justizministerium
der Republik Estland
z.Hd. Herrn Vizekanzler
Juhan Parts
Suur-Karja 19

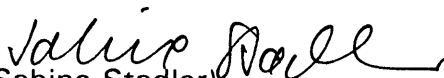
EE-0104 Tallinn
Republik Estland

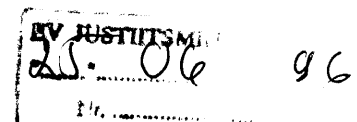
Sehr geehrter Herr Parts,

als Anlage übersende ich Ihnen Stellungnahmen zu denjenigen Regelungen des Entwurfs zum Besonderen Schuldrecht, die sich mit der Anweisung, dem Darlehen und mit Wertpapieren befassen.

Mit der Begutachtung der anderen Abschnitte des Besonderen Schuldrechts wurden verschiedene Experten beauftragt. Daher läßt sich nicht einheitlich sagen, wann genau mit der Übersendung der Stellungnahmen gerechnet werden kann. Ich werde Ihnen jedoch gerne die mir zugehenden Gutachten sofort nach Erhalt zusenden.

Mit freundlichen Grüßen


(Sabine Stadler)



Gutachterliche Stellungnahme zum Entwurf des Rechts der Anweisung im Bürgerlichen Gesetzbuch der Republik Estland (§§ 71-78)

1. Zu § 71. Begriff der Anweisung

Die Vorschrift definiert die Rechtsnatur der Anweisung als Vertrag, ohne daß sich aus ihr ein Schriftformerfordernis für die Anweisung ergibt. Insofern unterscheidet sie sich von der korrespondierenden Vorschrift des §§ 783 des deutschen BGB (im folgenden nur "BGB"), die nach dem Gesetzeswortlaut für die Anweisung eine Urkunde, also Schriftform vorsieht und ferner voraussetzt, daß die Urkunde einen bestimmten Inhalt hat und an den Anweisungsempfänger übergeben wird (vgl. Hüffer, Münchener Kommentar, § 783, Rdn. 12).

Ungeachtet dessen wird jedoch auch im deutschen Recht nach dem Grundsatz der Vertragsfreiheit eine mündliche Anweisung nicht schlechthin ausgeschlossen (so schon BGH, BGHZ, 3, 238 (239)), auf die die §§ 783 ff. analog Anwendung finden (so auch Hüffer, Münchener Kommentar, § 783, Rdn. 19).

In der Literatur wird auch im deutschen Recht zum Teil die Ansicht vertreten, daß der Anweisungsempfänger mit dem Anweisenden durch Aushändigung der Urkunde einen Vertrag schließt.

Danach bestehen rechtsdogmatisch keine Bedenken, wenn die Anweisung in § 71. als Vertrag definiert wird.

2. Zu § 72. Verhältnisse des Anweisenden zum Dritten

Der § 72. Abs. 1 Satz 1 entspricht inhaltlich dem § 788 BGB und betrifft den Fall, daß der Anweisende mit der Anweisung seinerseits eine Leistung an den Anweisungsempfänger bewirken will.

Weitergehend als das deutsche Recht regelt Abs. 1 Satz 2, daß der Anweisungsempfänger nach Annahme der Anweisung zunächst darauf verwiesen ist, die Leistung vom Angewiesenen zu fordern und erst nach Ablauf der in der Abweisung bestimmten Zeit erneut vom Anweisenden fordern kann. Gegen diese modifizierte Regelung bestehen aber keine Bedenken.

Darüberhinaus regelt § 72. Abs. 2, daß der Dritte (Anweisungsempfänger) den Anweisenden zu benachrichtigen hat, wenn er die Erfüllung durch den Angewiesenen nicht annehmen will, andernfalls diesen den durch die Nichtannahme verursachten Schaden zu ersetzen hat.

Auch hiergegen bestehen grundsätzlich keine Bedenken, jedoch fällt es schwer, sich einen Fall praktisch vorzustellen, in dem der Anweisungsempfänger (Dritter) ein - und nur dieser Fall kann mit der Regelung gemeint sein - besonderes Interesse hat, daß die ihm vom Anweisenden geschuldete Leistung nicht durch einen Dritten sondern durch ihn persönlich erbracht wird. Insbesondere bei Leistungen die gemäß § 71. auf Geld, Wertpapiere oder andere vertretbare Leistungen gerichtet sind, erscheint dieser Fall sehr theoretisch.

3. Zu § 73. Verhältnisse des Dritten zum Angewiesenen

Die Vorschrift korrespondiert zunächst mit § 784 BGB 1. Halbsatz und beschränkt die Einwendungen des Angewiesenen nach Annahme der Anweisungen auf solche Einreden, die ihm aus einem Rechtsverhältnis zu dem Anweisungsempfänger (Dritten) zustehen oder sich aus dem Text der Anweisung selber ergeben (§ 784 BGB, zweiter Halbsatz).

Eine Umkehr der Regelung im deutschen Recht (§ 787 BGB) stellt sodann § 73. Abs. 2 dar, soweit dort festgelegt ist, daß der Angewiesene, der zugleich Schuldner des Anweisenden ist, zur Leistung an den Anweisungsempfänger (Dritten) verpflichtet ist und zwar auch dann, wenn dies zwischen ihm und dem Anweisenden nicht vereinbart worden ist, sofern "seine Lage dadurch in keiner Weise verschlimmert wird".

Demgegenüber regelt § 787 Abs. 2 BGB, daß der Angewiesene gerade nicht schon deshalb zur Annahme der Anweisung oder zur Leistung an den Anweisungsempfänger verpflichtet ist, weil er Schuldner des Anweisenden ist.

Gleichwohl ist die abweichende estländische Regelung dogmatisch sicher als zulässig zu erachten.

Mit deutschem Recht identisch ist, wenn bestimmt wird, daß im Fall einer Anweisung auf Schuld (§ 787 Abs. 1 BGB) der Angewiesene in deren Höhe von der Schuld von dem Anweisenden befreit wird.

4. Zu § 74. Anzeigepflicht des Angewiesenen

Die Vorschrift entspricht im wesentlichen § 789 BGB. Dort ist lediglich weiter klarstellend geregelt, daß sich die Anzeigepflicht nur auf den Fall beschränkt, daß der Angewiesene "vor dem Eintritt der Leistungspflicht" die Annahme der Weisung oder die Leistung selber verweigert.

Ferner bestimmt das deutsche Recht, daß eine Anzeigepflicht auch dann besteht, wenn der Anweisungsempfänger die Anweisung nicht geltend machen kann oder will.

Ergänzend regelt § 74. Satz 2, daß im Fall der Unterlassung oder Verzögerung der Benachrichtigung durch den Anweisungsempfänger dieser dem Anweisenden den dadurch entstehenden Schaden zu ersetzen hat.

Nach deutschem Recht käme ein solcher Anspruch unter dem Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung in Betracht, so daß keine Bedenken bestehen, diesen Anspruch hier ergänzend im Gesetz festzuschreiben.

5. Zu § 75. Widerruf der Anweisung

Abweichend vom deutschen Recht regelt § 75. Abs. 1 zunächst die Möglichkeit des Anweisenden, die Anweisung gegenüber dem Anweisungsempfänger (Dritter) zu widerrufen. Dies soll dann möglich sein, "wenn sie zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit oder sonst zum Vorteil des Dritten erteilt worden ist". Dies erscheint unbedenklich.

Der § 75. Abs. 1 Satz 2 entspricht dann wiederum nahezu wörtlich § 790 Abs. 1 BGB und betrifft den Widerruf durch den Anweisenden gegenüber dem Angewiesenen, solange dieser die Anweisung gegenüber dem Dritten nicht angenommen oder die Leistung bewirkt hat.

Der § 75. Abs. 2 fingiert den Widerruf einer noch nicht angenommenen Anweisung für den Fall, daß über das Vermögen des Angewiesenen der Konkurs eröffnet wird. Hierdurch wird praktisch ein ansonsten u. U. vom Konkursverwalter zu erklärender Widerruf ersetzt.

6. Zu § 76. Tod und Geschäftsunfähigkeit eines Beteiligten

Auch diese Vorschrift korrespondiert zu deutschem Recht (§ 791 BGB) und ist lediglich auf den Fall erweitert, daß es sich bei einem oder mehreren der drei an der Anweisung Beteiligten um eine juristische Person handelt. Mit deren Beendigung soll die Anweisung nicht erlöschen. Auch diese Regelung erscheint sinnvoll.

7. Zu § 77. Übertragung der Anweisung

Die Vorschrift gibt in Abs. 1 den wesentlichen Regelungsgehalt des § 792 BGB wieder. Abweichend vom deutschen Recht ergibt sich jedoch aus Satz 3, daß das Gesetz nicht von der Schriftform der Anweisung als Regelfall ausgeht. Insoweit kann auf das oben zu § 71. ausgeführte verwiesen werden.

Ist also eine Anweisung mündlich erteilt worden, bedarf es nur hinsichtlich des Übertragungsvertrages der Schriftform. Nur wenn die Anweisung in einer Urkunde verbrieft ist, bedarf es auch deren Übergabe.

Die Regelungen über die Ausschließung der Übertragung und die Erhebung von Einwendungen (§ 77. Abs. 2 und 3) ist wörtlich identisch mit den korrespondierenden Regelungen in § 792 Abs. 2 und 3 BGB. Insoweit bedarf es keiner weiteren Erläuterung.

8. Zu § 78. Anweisung bei Wertpapieren

Die Vorschrift stellt den Rechtscharakter einer schriftlichen Anweisung als Inhaberpapier klar, so daß der Angewiesene jedem Inhaber der Urkunde zur Leistung verpflichtet ist. Der Übergebende ist in diesem Fall Anweisender und der die Urkunde Entgegennehmende ist der zum Empfang der Leistung berechtigte Dritte.

Ergebnis:

Zusammenfassend ist festzustellen, daß das estländische Recht der Anweisung im wesentlichen den korrespondierenden Regelungen der §§ 783 ff. BGB entspricht.

Wesentlicher Unterschied ist, wie ausgeführt, daß die Schriftlichkeit der Anweisung nicht als der gesetzliche Regelfall vorgesehen ist. Soweit § 77. Abs. 1 bei einer schriftlichen Anweisung deren Übergabe als Voraussetzung der Übertragung vorsieht, ist anzuregen, in Anlehnung an § 785 BGB zu bestimmen, daß in diesem Fall der Angewiesene seinerseits nur gegen Aushängung der Anweisung zur Leistung verpflichtet ist.

Zu erwägen wäre auch, eine Verjährungsregelung, vergleichbar der des § 786 BGB, in das Gesetz aufzunehmen.

Ansonsten begegnen die Regelungen dogmatisch und unter Praktikabilitätsgesichtspunkten keinen Bedenken.

In letzterem Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die Anweisung im Sinne von §§ 783 ff. BGB im deutschen Recht nur eine geringe praktische Bedeutung hat. Diese Normen bilden nur den Grundtypus für verschiedene andere Sonderformen der Anweisung, so z.B. den gezogenen Wechsel, die kaufmännische Anweisung oder den Scheck (vgl. Palandt-Thomas, 55. Auflage, § 783, Rdn. 1)b), 8).

Frankfurt am Main, den 14. Juni 1996



Gutachten für den Entwurf eines Zivilgesetzbuches der Republik Estland

Darlehn

Die Regelung entspricht im großen und ganzen unseren §§ 607ff. BGB. Sie ist zu billigen.

Zu § 3 Absatz 1: Es wird nicht klar, wie sich die Anzeigefrist und die Kündigung zueinander verhalten. Ist gemeint, daß die Kündigung als solche unbefristet ist, sich aber dann eine zweimonatige Anzeigefrist anschließt oder ähnliches? Vielleicht handelt es sich auch nur um eine ungenaue Übersetzung.

Zu § 3 Absatz 2: Unter welchen "Umständen" kann die sofortige Rückerstattung des ganzen Darlehns verlangt werden? Dies müßte meines Erachtens unbedingt präziser gefasst werden, damit die Praxis mit der Vorschrift ohne weiteres arbeiten kann.

Wertpapiere

Die Regelung des Wertpapierrechts ähnelt stark der in Deutschland geltenden. Soweit Wechsel und Scheck betroffen sind, orientiert sich der Entwurf am international vereinheitlichten Wechsel- und Scheckrecht. Im Gegensatz zum deutschen Recht wird die Regelung jedoch nicht in einem besonderen Gesetz getroffen, sondern soll in eine große Kodifikation eingefügt werden.

Zu § 2 : Der Begriff des guten Glaubens ist hier nicht definiert, die Definition folgt später in §9.

Zu §3 Absatz 1: Die Inhaberpapiere sind an dieser Stelle nicht erwähnt. Beruht dies auf Absicht? Nach deutschem Recht müßte hier auch die Einigung der Parteien über den Rechtsübergang erwähnt werden. Dies beruht darauf, daß das deutsche Recht zwischen dem Verpflichtungs- und dem Verfügungsgeschäft scharf trennt. Die meisten ausländischen

Rechte tun dies nicht. Vermutlich wird auch in Estland der Rechtsübergang durch das betreffende Kausalgeschäft und die Besitzübertragung erfolgen. Wenn dies zutrifft, wie ich annehme, ist die gewählte Formulierung richtig.

Zu § 3 Absatz 2: Die Regelung erscheint mir sehr problematisch: Neben der gesetzlichen Regelung können auch vertragliche Erfordernisse für die Übertragung eines Wertpapiers vorgesehen werden. Das Wertpapierrecht ist in besonderem Maß auf klare und eindeutige Verhältnisse angewiesen. Dieser Grundsatz ist jedenfalls im deutschen Recht ganz stark ausgeprägt und hat sich sehr gut bewährt. Neben den gesetzlichen auch im Einzelfall vertragliche Voraussetzungen für die Übertragung eines Wertpapiers zuzulassen, kann nur zu Rechtsunsicherheit in der Praxis führen. Die Regelung sollte meines Erachtens gestrichen werden.

Zu § 4 Absatz 2 Satz 2: Da hier (im Gegensatz zu § 3 Absatz 2) das Rechtsgeschäft der Umwandlung nur zwischen bestimmten Personen und nicht allgemein wirkt, erscheint diese Regelung tragbar. Sehr bedeutsam dürfte sie wohl nicht sein.

Zu § 6 : Daß man die Ersetzung eines Wertpapiers durch ein Wertrecht im Gesetz vorsieht, ist sehr vernünftig, auch wenn im Moment vielleicht die Voraussetzungen in Estland dafür noch nicht gegeben sind. Unklar ist jedoch nach meinem Dafürhalten der Passus, daß die Eintragung in ein Register "nach der festgesetzten Ordnung" erfolgen kann. Was ist damit gemeint ?

Die " festgesetzte Ordnung " ist neben dem Gesetz erwähnt. Handelt es sich um Verordnungen, Satzungen oder ähnliches ? (Vielleicht ist es auch nur eine ungenaue Übersetzung eines in Estland feststehenden Begriffes).

Zu § 6 Absatz 3: Gemeint ist wohl Absatz II und nicht Absatz I.

Zu § 7: Hier wird mit Recht ausgeführt, daß ein Papier dann als Namenspapier gilt, wenn es auf einen bestimmten Namen lautet und nicht gesetzlich als Orderpapier erklärt ist. Dem scheint die Regelung des § 155 zu widersprechen. Vergleiche meine Anmerkungen dort.

Zu § 9: Die Regelung entspricht unserem § 808, wir nennen diese Papiere Ausweis- oder Legitimationspapiere.

Zu § 9 Absatz 2 : Die Formulierung, daß der Gläubiger " eine erhebliche Anstrengung braucht " zur Feststellung der Person des Gläubigers, ist meines Erachtens sehr unklar. Sie müßte präzisiert werden.

Zu § 13 Absatz 2: Neben der Niederlassung des Schuldners könnte auch der Wohnsitz des Schuldners erwähnt werden. Freilich werden die Schuldner aus Inhaberpapieren wohl durchweg Gewerbetreibende sein.

Zu § 17 : Der Hinweis, daß das Gericht "weitere Anordnungen" treffen kann, ist sehr global. Eine Präzisierung, etwa die Aufzählung von Beispielen wäre meines Erachtens zweckmäßig.

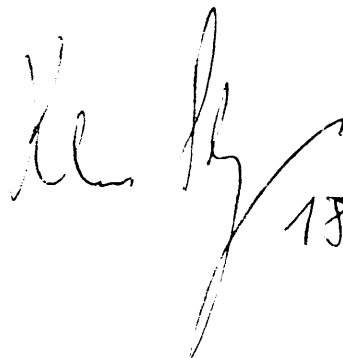
Zu § 19 Absatz 3: Was ist mit " Aufforderungsverfahren " gemeint? Vielleicht handelt es sich um einen im Recht Estlands feststehenden Begriff, der sich schwer übersetzen läßt.

Zu § 155 : Die Vorschrift ist meines Erachtens mißverständlich gefaßt, meint aber wohl das Richtige: Wenn hier formuliert wird, das Papier gelte als Orderpapier, wenn es an Order lautet oder vom Gesetz als Orderpapier erklärt ist, kann man das so auffassen, daß neben der gesetzlichen Regelung auch die Parteien selbst Orderpapiere von beliebigem Typ schaffen können. Gemeint ist aber vermutlich nur, daß die in §§ 157, 158, 169 und 170 genannten Papiere dann Orderpapiere sind, wenn sie die sogenannte positive Orderklausel enthalten, das heißt also an Order lauten. So ist

die Regelung im deutschen Recht, die sich sehr bewährt hat. Den Parteien die beliebige Schaffung von Orderpapieren zu überlassen (z. B. ein echtes, "technisch indossables" Orderpapier über die Lieferung eines Elefanten) erscheint mir sehr problematisch.

Zu § 156 Absatz 1: Der § 156 I und § 12 regeln dieselbe Frage in derselben Weise, unterscheiden sich jedoch im Wortlaut. Sollte es sich hierbei nicht bloß um eine Abweichung in der Übersetzung handeln, sondern um eine solche im Originaltext, wäre es zu empfehlen, die Formulierungen anzugleichen.

Zu § 169 Absatz 2: Hier wird von anderen indossierbaren Orderpapieren gesprochen, wie z. B. Lagerscheine, Ladescheine u.ä. Auch hier könnte wieder der Eindruck entstehen, daß es im Belieben der Parteien steht, Orderpapiere irgendeines Typs zu schaffen. Gemeint ist wahrscheinlich nur, daß der Gesetzgeber weitere Papiere zu echten Orderpapieren erklären kann.


18.6.96

...osa
Väärtpaberid

1. peatükk.
ÜLDSÄTTED

§ 1. Väärtpaberi mõiste

Väärtpaber on iga dokument, millega on seotud mingi õigus selliselt, et seda ei ole võimalik dokumendist eraldi maksma panna ega üle anda.

§ 2. Väärtpaberist tulenevad kohustused

(1) Väärtpaberi alusel kohustatud võlgnik peab tegema soorituse ainult juhul, kui ta saab väärtpaberi valduse.

(2) Kui võlgnik teeb maksetähtpäeval soorituse dokumendiga õigustatud võlausaldajale, loetakse kohustus täidetuks isegi juhul, kui see isik ei olnud tegelikult võlausaldaja. Eelpooltoodut ei kohaldata, kui võlgnik ei tegutse heauskselt.

§ 3. Väärtpaberi üleandmine

(1) Väärtpaberi omandi üleandmiseks või selle koormamiseks piiratud asjaõigusega on vajalik väärtpaberi valduse üleandmine. Käskväärtpaberi üleandmiseks on lisaks vajalik indosseerimine, nimeliste väärtpaberite puhul aga kirjalik avaldus, mis ei pea olema kantud väärtpaberile endale.

(2) Seaduses võib lepinguga ettenähtud juhtudel võib väärtpaberi üleandmiseks olla nõutav peale võlgniku teiste isikute tegevus.

(3) Indosseerimine toimub kõigil juhtudel vekslite käivate sätete kohaselt.

(4) Indosseerimisega ja indosseeritud dokumendi üleandmisega lähevad kõigi üleantavate väärtpaberite puhul indossandi õigused üle omandajale, kui dokumendi sisust või olemusest ei tulene teisiti.

§ 4. Vormi muutmine

(1) Nimelise või käskväärtpaberi võib esitajaväärtpaberiks muuta ainult kõigi selle väärtpaberi järgi õigustatud või kohustatud isikute nõusolekul. Nõusolek tuleb väljendada väärtpaberidokumendil endal.

(2) Esimeses lõikes sätestatud kohaldatakse ka esitajaväärtpaberi muutmisel nimeliseks või käskväärtpaberiks. Kui muutmiseks ei ole antud õigustatud ja kohustatud isikute nõusolekut, kehtib muutmine ainult muutmise teinud võlausaldaja ja tema vahetu õigusjärglase vahel.

§ 5. Väärtpaberi kehtetuks tunnistamine

(1) Väärtpaberi kaotsimineku, samuti selle hävimise või rikkumise korral võib nõuda kohtus selle kehtetuks tunnistamist.

(2) Väärtpaberi kehtetuks tunnistamist võib nõuda iga isik, kes on väärtpaberi järgi õigustatud väärtpaberi kaotsimineku või kaotsimineku avastamise ajal.

(3) Peale väärtpaberi kehtetuks tunnistamist võib väärtpaberi järgi õigustatud isik panna oma õiguse maksma ka ilma dokumendita või nõuda uue dokumendi väljaandmist.

(4) Muus osas kohaldatakse väärtpaberi kehtetuks tunnistamise menetlusele ja selle tagajärgedele eri liiki väärtpaberite kohta käivaid sätteid.

§ 6. Registreeritud õigused

(1) Seaduses sätestatud juhtudel ja korras võib väärtpaberiga seotud õigusi väljendada ja üle anda kande tegemisega elektrooniliselt või muul viisil peetavas registris. Sellises vormis väljendatud õigustele kohaldatakse väärtpaberite kohta sätestatud, kui nende registreerimise viisist või seadusest ei tulene teisiti.

(2) Õiguste registreerimist korraldab isik peab õiguse omaja nõudel andma õiguse olemasolu kohta tõendi, mis ei ole väärtpaber.

(3) Esimeses lõikes nimetatud registripidaja vastutab kannete säilimise, kannete konfidentsiaalsuse tagamise, selliste kannete kohta õigete andmete esitamise ja selliste operatsioonide kohta õigete kannete tegemise eest.

2. peatükk.

NIMELISED VÄÄRTPABERID

§ 7. Nimelise väärtpaberi mõiste

Nimeline väärtpaber on väärtpaber, mis antakse välja väärtpaberil nimeliselt märgitud isiku kasuks ja mis ei ole seadusest tulenevalt käskväärtpaber.

§ 8. Võlausaldaja õiguste tõendamine

(1) Võlgnik peab tegema soorituse isikule, kes valdab dokumenti ja tõendab, et tema on isik, kelle nimele on dokument välja antud või et ta on selle isiku õigusjärglane.

(2) Võlgnik, kes teeb soorituse isikule, kes ei tõenda, et on dokumendil näidatud isik või selle isiku õigusjärglane, ei vabane soorituse tegemisest isikule, kes selle õiguse tõendab.

§ 9. Esitajaklausliga nimelised väärtpaberid

(1) Kui nimeline väärtpaber antakse välja tingimusega, et võlgnik võib väärtpaberist tuleneva soorituse teha igale dokumendi esitajale, loetakse sooritus dokumendi esitajale kehtivaks, isegi kui võlgnik esitajalt võlausaldajaõiguste tõendamist ei nõua, välja arvatud juhul, kui võlgnik teab või peab teadma, et dokumendi esitaja ei ole võlausaldaja. Dokumendi esitaja, kelle nimele ei ole väärtpaber välja antud, ei või sooritust nõuda.

(2) Nimeline väärtpaber on kahtluse korral välja antud esimeses lõikes toodud tingimusega, kui võlgnik võib võlausaldaja isikut olulise pingutusega kindlaks teha ja võlausaldaja on võimeline oma õigustust ka ilma dokumendita tõestama.

§ 10. Kehtetuks tunnistamine

(1) Nimelise väärtpaberi võib kehtetuks tunnistada samas korras kui esitajaväärtpaberi, arvestades eri liiki väärtpaberite kehtetuks tunnistamise erisusi.

(2) Võlgnik võib väärtpaberis näha ette selle lihtsustatud kehtetuks tunnistamise korra, vähendades seaduses ettenähtud avaldatavate teadete arvu või lühendades teatamistähtaegu.

3. peatükk.

ESITAJAVÄÄRTPABERID

§ 11. Esitajaväärtpaberi mõiste

(1) Esitajaväärtpaber on väärtpaber, mille sõnastusest või vormist ilmneb, et selle igakordset esitajat tunnustatakse soorituseks õigustatud isikuna.

(2) Võlausaldajal ei ole õigust tasuda esitajaväärtpaberi valdajale, kui selle on keelanud kohus.

§ 12. Võlgniku vastuväited

(1) Esitajaväärtpaberist tuleneva nõude vastu võib võlgnik esitada üksnes selliseid vastuväiteid, mis on suunatud dokumendi kehtivuse vastu või mis tulenevad dokumendist endast, samuti vastuväiteid, mis kuuluvad talle isiklikult igakordse võlausaldaja vastu.

(2) Võlgnik võib esitada vastuväiteid, mis põhinevad isiklikel suhetel väärtpaberi eelnevate valdajatega ainult siis, kui esitaja on väärtpaberi omandamisel teadlikult kahjustanud võlgniku huve. Vastuväidet, et väärtpaber sattus käibesse võlgniku tahte vastaselt, ei arvestata.

(3) Kui esitajaväärtpaberi väljaja on dokumendi allkirjastamiseks kasutanud tehnilist abivahendit, ei või ta väärtpaberi esitaja suhtes tugineda selle abivahendi

õigustamatule kasutamisle, välja arvatud juhul, kui omandaja teadis võltsimisest või pidi seda teadma.

§ 13. Kehtetuks tunnistamine

(1) Esitajaväärtpaberi võib kohus tunnistada kehtetuks selle väärtpaberi alusel õigustatud isiku nõudel, kes peab tõendama tõendama väärtpaberi valdamist ja kaotsiminekut.

(2) Avaldus tuleb esitada võlgniku asukoha kohtule, aktsiate puhul aktsiaseltsi asukoha kohtule.

(3) Rahatähti ei saa kehtetuks tunnistada.

§ 14. Maksekeeld

Avaldaja nõudel võib kohus väärtpaberi järgi kohustatule mitmekordse tasumise vältimiseks keelata igasuguste väärtpaberist tulenevate soorituste tegemise.

§ 15. Üleskutse

(1) Kui kohus loeb avaldaja varasema valduse ja väärtpaberi kaotsimineku piisavalt tõendatuks, avaldab ta kaotsiläinud väärtpaberi teadmata valdajale üleskutse esitada väärtpaber kohtule määratud tähtaja jooksul, mille kasutul möödumisel tunnistatakse väärtpaber kehtetuks. See tähtaeg peab olema vähemalt kuus kuud esimese teate avaldamisest.

(2) Teade tuleb avaldada kolmel korral Riigi Teataja Lisas.

(3) Väärtpaberiväljaja on kohustatud senise valdaja nõudel andma üleskutš eks või maksekeeluks vajalikku teavet ning esitama vajalikud tõendid. Tõendite kulud peab kandma ja ette maksma senine valdaja.

§ 16. Kaotsiläinud väärtpaberi esitamine

(1) Kui kaotsiläinud esitajaväärtpaber esitatakse kohtule, määrab kohus avaldajale tähtaja väärtpaberi väljaandmise hagi esitamiseks.

(2) Kui avaldaja hagi ei esita, tagastab kohus väärtpaberi ja tühistab maksekeelu.

§ 17. Kaotsiläinud väärtpaberi esitamatajätmine

(1) Kui kaotsiläinud esitajaväärtpaberit määratud tähtaja jooksul kohtule ei esitata, võib kohus väärtpaberi kehtetuks tunnistada või otsustada korduva avaldamise või täiendavate toimingute tegemise.

(2) Esitajaväärtpaberi kehtetuks tunnistamise teade tuleb viivitamatult avaldada Riigi Teataja Lisas ja üleriigilise levikuga päevalehes.

(3) Kui väärtpaber on kehtetuks tunnistatud, võib avaldaja nõuda omal kulul uue dokumendi väljaandmist või sissenõutava soorituse tegemist.

§ 18. Asendusdokument

Kui esitajaväärtpaber ei ole kahjustumise tõttu või muul sarnasel põhjusel enam käibeks sobiv, võib valdaja nõuda väärtpaberi väljajalt käibeks sobimatud väärtpaberi vastu ülendmise vastu uue väärtpaberi väljaandmist, kui väärtpaberi sisu ja eritunnused on kindlakstehtavad. Kulud peab kandma ja ette maksma väärtpaberi valdaja.

§ 19. Nõude aegumine

(1) Esitajaväärtpaberist tulenev nõue aegub 10 aasta möödumisega pärast soorituseks määratud aja saabumist, kui dokumenti enne 10 aasta möödumist lunastamiseks ei ole esitatud. Kui dokument on lunastamiseks esitatud, aegub nõudeõigus kahe aasta jooksul esitamistähtaja möödumisest. Esitamisega on võrdne dokumendist tuleneva nõudeõiguse kohta hagi esitamine.

(2) Esitamistähtaja kestuse ja alguse võib väljaja poolt dokumendis 1. lõikes sätestatust erinevalt määrata.

(3) Aegumise algus ja kulg peatub avaldaja suhtes üleskutsemenetlusega. Peatumine algab üleskutse, samuti maksekeelu taotlemisega. Peatumine lõpeb üleskutsemenetluse lõppemisega ja, kui maksekeeld tehti enne üleskutsemenetluse alustamist, ka siis, kui menetluse alustamise takistuse kõrvaldamisest on möödunud 6 kuud ja alustamist ei ole enne seda taotletud.

4. peatükk. KÄSKVÄÄRTPABERID

1. jagu. Veksel

§ 20 - 114: sisuliselt saksa veksliseadus

2. jagu. Tšekk

§ 115 - 154: sisuliselt saksa tsekiseadus

3. jagu. Muud käskväärtpaberid

§ 155. Käskväärtpaber

Väärtpaberit loetakse käskväärtpaberiks, kui see kuulub lunastamisele isiku käsul või kui seda loetakse seadusest tulenevalt käskväärtpaberiks.

§ 156. Võlgniku vastuväide

(1) Isik, kelle vastu esitatakse käskväärtpaberist tulenev nõue, võib esitada ainult selliseid vastuväiteid, mis on suunatud dokumendi kehtivuse vastu või tulenevad dokumendist enesest, samuti selliseid, mis kuuluvad talle isiklikult igakordse võlausaldaja vastu.

(2) Vastuväiteid, mis põhinevad võlgniku isiklikul suhtel väljajaga või varasema valdajaga, võib esitada ainult siis, kui valdaja tegutses käskväärtpaberi omandamisel teadlikult võlgniku huve kahjustades.

§ 157. Käskmaksekäsundid

(1) Maksekäsundid, mida ei ole dokumendi tekstis vekslina tähistatud, kuid mis kuuluvad sõnaselgelt lunastamisele isiku käsul ja vastavad muudele käskveksli nõuetele, loetakse käskveksliga võrdseks.

(2) Käskmaksekäsundit ei tule esitada aktseptomiseks. Kui seda siiski tehakse ja aktseptomisest keeldutakse, ei kuulu valdajale sellest tulenevalt tagasinõudeõigust.

(3) Kui käskmaksekäsund aktsepsitakse vabatahtlikult, loetakse käsundi aktseptija võrdseks käskveksli aktseptijaga. Valdaja ei või siiski kasutada tagasinõuet enne maksetähtpäeva, kui käsundatu vastu on algatatud pankrotimenetlus või kui käsundatu on oma maksed peatanud või kui tema vara suhtes on tagajärjetult teostatud sundtäitmist, samuti juhul, kui käsundaja vastu on algatatud pankrotimenetlus.

(4) Käskmaksekäsundile ei kohaldata vekslisissenõudmise protsessuaalseid sätteid.

§ 158. Käskmakselubadus

(1) Makselubadus, mida ei ole dokumendi tekstis nimetatud vekslis, kuid mis kuulub sõnaselgelt lunastamisele isiku käsul ja vastab muudele lihtveksli nõuetele, loetakse võrdseks lihtveksliga.

(2) Käskmakselubadusele ei kohaldata vekslisissenõudmise protsessuaalseid sätteid.

§ 169. Muud indosseeritavad väärtpaberid

(1) Dokumente, milles isik kohustub tasuma koha, aja ja summa järgi määratud rahalisi maksleid või andma üle määratud koguse asendatavaid asju ja mis kuuluvad sõnaselgelt lunastamisele isiku käsul, võib indossamendiga üle anda.

(2) Neile dokumentidele, samuti muudele indosseeritavatele väärtpaberitele nagu laokirjad, varrantid, konosseemendid, veokirjad, transpordikindlustuspoliisid, kohaldatakse vastavalt vekslindossamendi vormi, valdaja õiguste tunnustamise, kehtetukstunnistamise ja valdaja väljaandmiskohustuse kohta sätestatud. Sellistele dokumentidele ei kohaldata sätteid vekslitagasinõudeõiguse kohta sätestatud.

5. peatükk. KAUBAVÄÄRTPABERID

§ 170. Nõuded kaubaväärtpaberitele

Ladustaja või vedaja poolt väärtpaberina välja antud kaubale õigusli tõendaval dokumendil peab olema märgitud:

- 1) väljaandmise koht ja aeg ning väljaja allkiri;
- 2) väljaja nimi ja elukoht või asukoht;
- 3) hoiustaja või saatja nimi ja elukoht või asukoht
- 4) ladustatud või üle antud kaupade kirjeldus koguse, kvaliteedi ja eritunnuste järgi;
- 5) maksmisele kuuluvad või ette makstud maksed ja tasud;
- 6) kaupade kohtlemise kohta asjaosaliste vahel sõlmitud erikokkulepped;
- 7) kaubaväärtpaberi eksemplaride arv;
- 8) kaupu käsutama õigustatud isiku andmed või mäрге selle kohta, et dokument on esitaja või käskväärtpaber

§ 171. Pandikiri

(1) Kui mitmest kaubaväärtpaberist määratakse üks pandi seadmiseks, tuleb see tähistada pandikirjana (varrant) ning muus osas vastama kaubaväärtpaberi tunnustele.

(2) Teistel eksemplaridel tuleb pandikirja väljaandmine ära märkida ja kanda sellele iga teostatud pantimine koos nõudesumma ja maksetähtpäevaga.

§ 172. Vorminõuete tähendus

(1) Ladustatavate või vetavate kaupade kohta välja antud dokumente, mis ei vasta kaubaväärtpaberite seaduslikele vorminõuetele, ei loeta väärtpaberiteks, vaid ainult saamiskirjaks või muudeks tõendusdokumentideks.

(2) Ladustajate poolt välja antud dokumente, mille välja andmiseks ei ole antud seaduses sätestatud luba, loetakse samuti väärtpaberiteks, kui need vastavad seaduses sätestatud vorminõuetele.

...osa
Väärtpaberid

1. peatükk.
ÜLDSÄTTED

§ 1. Väärtpaberi mõiste

Väärtpaber on iga dokument, millega on seotud mingi õigus selliselt, et seda ei ole võimalik dokumendist eraldi maksma panna ega üle anda.

§ 2. Väärtpaberist tulenevad kohustused

(1) Väärtpaberi alusel kohustatud võlgnik peab tegema soorituse ainult juhul, kui ta saab väärtpaberi valduse.

(2) Kui võlgnik teeb maksetähtpäeval soorituse dokumendiga õigustatud võlausaldajale, loetakse kohustus täidetuks isegi juhul, kui see isik ei olnud tegelikult võlausaldaja. Eelpooltoodut ei kohaldata, kui võlgnik ei tegutse heauskselt.

§ 3. Väärtpaberi üleandmine

(1) Väärtpaberi omandi üleandmiseks või selle koormamiseks piiratud asjaõigusega on vajalik väärtpaberi valduse üleandmine. Käskväärtpaberi üleandmiseks on lisaks vajalik indosseerimine, nimeliste väärtpaberite puhul aga kirjalik avaldus, mis ei pea olema kantud väärtpaberile endale.

(2) Seaduses võib lepinguga ettenähtud juhtudel võib väärtpaberi üleandmiseks olla nõutav peale võlgniku teiste isikute tegevus.

(3) Indosseerimine toimub kõigil juhtudel vekslite käivate sätete kohaselt.

(4) Indosseerimisega ja indosseeritud dokumendi üleandmisega lähevad kõigi üleantavate väärtpaberite puhul indossandi õigused üle omandajale, kui dokumendi sisust või olemusest ei tulene teisiti.

§ 4. Vormi muutmine

(1) Nimelise või käskväärtpaberi võib esitajaväärtpaberiks muuta ainult kõigi selle väärtpaberi järgi õigustatud või kohustatud isikute nõusolekul. Nõusolek tuleb väljendada väärtpaberidokumendil endal.

(2) Esimeses lõikes sätestatud kohaldatakse ka esitajaväärtpaberi muutmisel nimeliseks või käskväärtpaberiks. Kui muutmiseks ei ole antud õigustatud ja kohustatud isikute nõusolekut, kehtib muutmine ainult muutmise teinud võlausaldaja ja tema vahetu õigusjärglase vahel.

§ 5. Väärtpaberi kehtetuks tunnistamine

(1) Väärtpaberi kaotsimineku, samuti selle hävimise või rikkumise korral võib nõuda kohtus selle kehtetuks tunnistamist.

(2) Väärtpaberi kehtetuks tunnistamist võib nõuda iga isik, kes on väärtpaberi järgi õigustatud väärtpaberi kaotsimineku või kaotsimineku avastamise ajal.

(3) Peale väärtpaberi kehtetuks tunnistamist võib väärtpaberi järgi õigustatud isik panna oma õiguse maksma ka ilma dokumendita või nõuda uue dokumendi väljaandmist.

(4) Muus osas kohaldatakse väärtpaberi kehtetuks tunnistamise menetlusele ja selle tagajärgedele eri liiki väärtpaberite kohta käivaid sätteid.

§ 6. Registreeritud õigused

(1) Seaduses sätestatud juhtudel ja korras võib väärtpaberiga seotud õigusi väljendada ja üle anda kande tegemisega elektrooniliselt või muul viisil peetavas registris. Sellises vormis väljendatud õigustele kohaldatakse väärtpaberite kohta sätestatud, kui nende registreerimise viisist või seadusest ei tulene teisiti.

(2) Õiguste registreerimist korraldab isik peab õiguse omaja nõudel andma õiguse olemasolu kohta tõendi, mis ei ole väärtpaber.

(3) Esimeses lõikes nimetatud registripidaja vastutab kannete säilimise, kannete konfidentsiaalsuse tagamise, selliste kannete kohta õigete andmete esitamise ja selliste operatsioonide kohta õigete kannete tegemise eest.

2. peatükk.

NIMELISED VÄÄRTPABERID

§ 7. Nimelise väärtpaberi mõiste

Nimeline väärtpaber on väärtpaber, mis antakse välja väärtpaberil nimeliselt märgitud isiku kasuks ja mis ei ole seadusest tulenevalt käskväärtpaber.

§ 8. Võlausaldaja õiguste tõendamine

(1) Võlgnik peab tegema soorituse isikule, kes valdab dokumenti ja tõendab, et tema on isik, kelle nimele on dokument välja antud või et ta on selle isiku õigusjärglane.

(2) Võlgnik, kes teeb soorituse isikule, kes ei tõenda, et on dokumendil näidatud isik või selle isiku õigusjärglane, ei vabane soorituse tegemisest isikule, kes selle õiguse tõendab.

§ 9. Esitajaklausliga nimelised väärtpaberid

(1) Kui nimeline väärtpaber antakse välja tingimusega, et võlgnik võib väärtpaberist tuleneva soorituse teha igale dokumendi esitajale, loetakse sooritus dokumendi esitajale kehtivaks, isegi kui võlgnik esitajalt võlausaldajaõiguste tõendamist ei nõua, välja arvatud juhul, kui võlgnik teab või peab teadma, et dokumendi esitaja ei ole võlausaldaja. Dokumendi esitaja, kelle nimele ei ole väärtpaber välja antud, ei või sooritust nõuda.

(2) Nimeline väärtpaber on kahtluse korral välja antud esimeses lõikes toodud tingimusega, kui võlgnik võib võlausaldaja isikut olulise pingutusega kindlaks teha ja võlausaldaja on võimeline oma õigustust ka ilma dokumendita tõestama.

§ 10. Kehtetuks tunnistamine

(1) Nimelise väärtpaberi võib kehtetuks tunnistada samas korras kui esitajaväärtpaberi, arvestades eri liiki väärtpaberite kehtetuks tunnistamise erisusi.

(2) Võlgnik võib väärtpaberis näha ette selle lihtsustatud kehtetuks tunnistamise korra, vähendades seaduses ettenähtud avaldatavate teadete arvu või lühendades teatamistähtaegu.

3. peatükk.

ESITAJAVÄÄRTPABERID

§ 11. Esitajaväärtpaberi mõiste

(1) Esitajaväärtpaber on väärtpaber, mille sõnastusest või vormist ilmneb, et selle igakordset esitajat tunnustatakse soorituseks õigustatud isikuna.

(2) Võlausaldajal ei ole õigust tasuda esitajaväärtpaberi valdajale, kui selle on keelanud kohus.

§ 12. Võlgniku vastuväited

(1) Esitajaväärtpaberist tuleneva nõude vastu võib võlgnik esitada üksnes selliseid vastuväiteid, mis on suunatud dokumendi kehtivuse vastu või mis tulenevad dokumendist endast, samuti vastuväiteid, mis kuuluvad talle isiklikult igakordse võlausaldaja vastu.

(2) Võlgnik võib esitada vastuväiteid, mis põhinevad isiklikel suhetel väärtpaberi eelnevate valdajatega ainult siis, kui esitaja on väärtpaberi omandamisel teadlikult kahjustanud võlgniku huve. Vastuväidet, et väärtpaber sattus käibesse võlgniku tahte vastaselt, ei arvestata.

(3) Kui esitajaväärtpaberi väljaja on dokumendi allkirjastamiseks kasutanud tehnilist abivahendit, ei või ta väärtpaberi esitaja suhtes tugineda selle abivahendi

õigustamatule kasutamisle, välja arvatud juhul, kui omandaja teadis võltsimisest või pidi seda teadma.

§ 13. Kehtetuks tunnistamine

(1) Esitajaväärtpaberi võib kohus tunnistada kehtetuks selle väärtpaberi alusel õigustatud isiku nõudel, kes peab tõendama tõendama väärtpaberi valdamist ja kaotsiminekut.

(2) Avaldus tuleb esitada võlgniku asukoha kohtule, aktsiate puhul aktsiaseltsi asukoha kohtule.

(3) Rahatähti ei saa kehtetuks tunnistada.

§ 14. Maksekeeld

Avaldaja nõudel võib kohus väärtpaberi järgi kohustatule mitmekordse tasumise vältimiseks keelata igasuguste väärtpaberist tulenevate soorituste tegemise.

§ 15. Üleskutse

(1) Kui kohus loeb avaldaja varasema valduse ja väärtpaberi kaotsimineku piisavalt tõendatuks, avaldab ta kaotsiläinud väärtpaberi teadmata valdajale üleskutse esitada väärtpaber kohtule määratud tähtaja jooksul, mille kasutl möödumisel tunnistatakse väärtpaber kehtetuks. See tähtaeg peab olema vähemalt kuus kuud esimese teate avaldamisest.

(2) Teade tuleb avaldada kolmel korral Riigi Teataja Lisas.

(3) Väärtpaberiväljaja on kohustatud senise valdaja nõudel andma üleskutš eks või maksekeeluks vajalikku teavet ning esitama vajalikud tõendid. Tõendite kulud peab kandma ja ette maksma senine valdaja.

§ 16. Kaotsiläinud väärtpaberi esitamine

(1) Kui kaotsiläinud esitajaväärtpaber esitatakse kohtule, määrab kohus avaldajale tähtaja väärtpaberi väljaandmise hagi esitamiseks.

(2) Kui avaldaja hagi ei esita, tagastab kohus väärtpaberi ja tühistab maksekeelu.

§ 17. Kaotsiläinud väärtpaberi esitamatajätmine

(1) Kui kaotsiläinud esitajaväärtpaberit määratud tähtaja jooksul kohtule ei esitata, võib kohus väärtpaberi kehtetuks tunnistada või otsustada korduva avaldamise või täiendavate toimingute tegemise.

(2) Esitajaväärtpaberi kehtetuks tunnistamise teade tuleb viivitamatult avaldada Riigi Teataja Lisas ja üleriigilise levikuga päevalehes.

(3) Kui väärtpaber on kehtetuks tunnistatud, võib avaldaja nõuda omal kulul uue dokumendi väljaandmist või sissenõutava soorituse tegemist.

§ 18. Asendusdokument

Kui esitajaväärtpaber ei ole kahjustumise tõttu või muul sarnasel põhjusel enam käibeks sobiv, võib valdaja nõuda väärtpaberi väljajalt käibeks sobimatud väärtpaberi vastu ülendmise vastu uue väärtpaberi väljaandmist, kui väärtpaberi sisu ja eritunnused on kindlakstehtavad. Kulud peab kandma ja ette maksma väärtpaberi valdaja.

§ 19. Nõude aegumine

(1) Esitajaväärtpaberist tulenev nõue aegub 10 aasta möödumisega pärast soorituseks määratud aja saabumist, kui dokumenti enne 10 aasta möödumist lunastamiseks ei ole esitatud. Kui dokument on lunastamiseks esitatud, aegub nõudeõigus kahe aasta jooksul esitamistähtaja möödumisest. Esitamisega on võrdne dokumendist tuleneva nõudeõiguse kohta hagi esitamine.

(2) Esitamistähtaja kestuse ja alguse võib väljaja poolt dokumendis 1. lõikes sätestatust erinevalt määrata.

(3) Aegumise algus ja kulg peatub avaldaja suhtes üleskutsemenetlusega. Peatumine algab üleskutse, samuti maksekeelu taotlemisega. Peatumine lõpeb üleskutsemenetluse lõppemisega ja, kui maksekeeld tehti enne üleskutsemenetluse alustamist, ka siis, kui menetluse alustamise takistuse kõrvaldamisest on möödunud 6 kuud ja alustamist ei ole enne seda taotletud.

4. peatükk. KÄSKVÄÄRTPABERID

1. jagu. Veksel

§ 20 - 114: sisuliselt saksa veksliseadus

2. jagu. Tšekk

§ 115 - 154: sisuliselt saksa tsekiseadus

3. jagu. Muud käskväärtpaberid

§ 155. Käskväärtpaber

Väärtpaberit loetakse käskväärtpaberiks, kui see kuulub lunastamisele isiku käsul või kui seda loetakse seadusest tulenevalt käskväärtpaberiks.

§ 156. Võlgniku vastuväide

(1) Isik, kelle vastu esitatakse käskväärtpaberist tulenev nõue, võib esitada ainult selliseid vastuväiteid, mis on suunatud dokumendi kehtivuse vastu või tulenevad dokumendist enesest, samuti selliseid, mis kuuluvad talle isiklikult igakordse võlausaldaja vastu.

(2) Vastuväiteid, mis põhinevad võlgniku isiklikul suhtel väljajaga või varasema valdajaga, võib esitada ainult siis, kui valdaja tegutses käskväärtpaberi omandamisel teadlikult võlgniku huve kahjustades.

§ 157. Käskmaksekäsundid

(1) Maksekäsundid, mida ei ole dokumendi tekstis vekslina tähistatud, kuid mis kuuluvad sõnaselgelt lunastamisele isiku käsul ja vastavad muudele käskveksli nõuetele, loetakse käskveksliga võrdseks.

(2) Käskmaksekäsundit ei tule esitada aktseptomiseks. Kui seda siiski tehakse ja aktseptomisest keeldutakse, ei kuulu valdajale sellest tulenevalt tagasinõudeõigust.

(3) Kui käskmaksekäsund aktsepsitakse vabatahtlikult, loetakse käsundi aktseptija võrdseks käskveksli aktseptijaga. Valdaja ei või siiski kasutada tagasinõuet enne maksetähtpäeva, kui käsundatu vastu on algatatud pankrotimenetlus või kui käsundatu on oma maksed peatanud või kui tema vara suhtes on tagajärjetult teostatud sundtäitmist, samuti juhul, kui käsundaja vastu on algatatud pankrotimenetlus.

(4) Käskmaksekäsundile ei kohaldata vekslisissenõudmise protsessuaalseid sätteid.

§ 158. Käskmakselubadus

(1) Makselubadus, mida ei ole dokumendi tekstis nimetatud vekslis, kuid mis kuulub sõnaselgelt lunastamisele isiku käsul ja vastab muudele lihtveksli nõuetele, loetakse võrdseks lihtveksliga.

(2) Käskmakselubadusele ei kohaldata vekslisissenõudmise protsessuaalseid sätteid.

§ 169. Muud indosseeritavad väärtpaberid

(1) Dokumente, milles isik kohustub tasuma koha, aja ja summa järgi määratud rahalisi maksleid või andma üle määratud koguse asendatavaid asju ja mis kuuluvad sõnaselgelt lunastamisele isiku käsul, võib indossamendiga üle anda.

(2) Neile dokumentidele, samuti muudele indosseeritavatele väärtpaberitele nagu laokirjad, varrantid, konosseemendid, veokirjad, transpordikindlustuspoliisid, kohaldatakse vastavalt vekslindossamendi vormi, valdaja õiguste tunnustamise, kehtetukstunnistamise ja valdaja väljaandmiskohustuse kohta sätestatud. Sellistele dokumentidele ei kohaldata sätteid vekslitagasinõudeõiguse kohta sätestatud.

5. peatükk. KAUBAVÄÄRTPABERID

§ 170. Nõuded kaubaväärtpaberitele

Ladustaja või vedaja poolt väärtpaberina välja antud kaubale õigusli tõendaval dokumendil peab olema märgitud:

- 1) väljaandmise koht ja aeg ning väljaja allkiri;
- 2) väljaja nimi ja elukoht või asukoht;
- 3) hoiustaja või saatja nimi ja elukoht või asukoht
- 4) ladustatud või üle antud kaupade kirjeldus koguse, kvaliteedi ja eritunnuste järgi;
- 5) maksmisele kuuluvad või ette makstud maksed ja tasud;
- 6) kaupade kohtlemise kohta asjaosaliste vahel sõlmitud erikokkulepped;
- 7) kaubaväärtpaberi eksemplaride arv;
- 8) kaupu käsutama õigustatud isiku andmed või mäрге selle kohta, et dokument on esitaja või käskväärtpaber

§ 171. Pandikiri

(1) Kui mitmest kaubaväärtpaberist määratakse üks pandi seadmiseks, tuleb see tähistada pandikirjana (varrant) ning muus osas vastama kaubaväärtpaberi tunnustele.

(2) Teistel eksemplaridel tuleb pandikirja väljaandmine ära märkida ja kanda sellele iga teostatud pantimine koos nõudesumma ja maksetähtpäevaga.

§ 172. Vorminõuete tähendus

(1) Ladustatavate või vetavate kaupade kohta välja antud dokumente, mis ei vasta kaubaväärtpaberite seaduslikele vorminõuetele, ei loeta väärtpaberiteks, vaid ainult saamiskirjaks või muudeks tõendusdokumentideks.

(2) Ladustajate poolt välja antud dokumente, mille välja andmiseks ei ole antud seaduses sätestatud luba, loetakse samuti väärtpaberiteks, kui need vastavad seaduses sätestatud vorminõuetele.